



# EUROPA-AKTUELL

## Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Mai/Juni 2013



Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem deutlichen Sieg der CDU bei den Kommunalwahlen 2013 sehe ich die Position der Union als Kommunalpartei gestärkt. Wir haben unser Wahlziel klar erreicht und sind mit Abstand stärkste Kraft geworden. Das zeigt, dass wir nach einem nicht ganz einfachen Jahr wieder Tritt gefasst haben. Besonders freut mich, dass wir auch in den großen Städten zulegen konnten. Die SPD hat dagegen das von Ministerpräsident Torsten Albig ausgegebene Ziel, stärkste Kraft zu werden, deutlich verfehlt. Aufbauend auf unserer erfreulichen Stabilisierung wird sich unser CDU-Landesverband in den kommenden Jahren verstärkt um die drängenden Themen kümmern: die Infrastrukturpolitik und die kommunalschädliche Politik der Regierung bei diesem Thema. Schleswig-Holstein ist auf bestem Wege sich in ein Schlaglochbundesland zu "entwickeln".

Ein weiteres Thema ist die von dieser Küstenebelkoalition geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer beim Kauf eines Hauses oder einer Wohnung von derzeit 5 auf künftig 6,5 Prozent. Damit hätte Schleswig-Holstein den höchsten Steuersatz in ganz Deutschland. Das kann nicht sein! Beim Thema Bildungspolitik lassen sich viele Bereiche (wohnnortnahe Schulversorgung, flexible Mindestschülerzahlen) benennen, die einen dauerhaften Schulfrieden brächten. Stattdessen verrennt sich die Bildungsministerin bei der Gemeinschaftsschule. Lassen Sie mich abschließend meine Besorgnis angesichts der geringen Wahlbeteiligung Ausdruck verleihen: Nur mit der Beteiligung jedes Einzelnen bleibt unser Gemeinwesen stark. Der Wert der Demokratie muss wieder stärker vermittelt werden. Das ist natürlich eine Sache der Politik und der politischen Bildung, aber auch der Gesellschaft insgesamt.

Ihr Reimer Böge



Bild 1:

05.05.2013: Im Rahmen der Europawoche fand in Bad Segeberg der traditionelle Frühschoppen des CDU-Kreisverbandes und des Kreisverbandes der EUROPA-UNION statt. In lockerer Runde diskutierten die Vorsitzenden Gero Storjohann (links), Reimer Böge und Joachim Brunkhorst (rechts) mit den Gästen vor allem Fragen zur Staatsschuldenkrise und zum Euro.  
(Foto: Büro Böge)

---

## Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

### 1.) Ab Oktober 2015 sollen alle neuen Autotypen in der EU über ein automatisches Notrufsystem verfügen.

Die EU-Kommission hat zwei Rechtsvorschläge zur Einführung von "eCall" vorgelegt. „eCall“ wird bei einem schweren Zusammenstoß automatisch oder manuell ausgelöst, wählt die europäische Notrufnummer 112 und übermittelt Standort und Fahrtrichtung an die Rettungsdienste, auch wenn der Fahrer nicht mehr telefonieren kann. Die Helfer könnten dadurch deutlich schneller vor Ort sein, was jährlich bis zu 2.500 Menschen das Leben retten könnte. Rat und Parlament müssen die Vorschläge nun billigen.

### 2.) Historische Entscheidung: Gemeinsame Asylregeln für Europa beschlossen

Nach jahrelangen Verhandlungen erhält Europa ein gemeinsames europäisches Asylsystem. Das Europäische Parlament hat den neuen Regeln für den Umgang mit Asylbewerbern in der EU zugestimmt. Damit erhalten Schutzsuchende künftig besseren Zugang zu Asylverfahren. Asylentscheidungen sollen fairer und rascher erfolgen. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem gewährleistet, dass Verfolgte nicht in Gefahrensituationen zurückgeschickt werden. Es garantiert Asylbewerbern und Personen, die internationalen Schutz genießen, innerhalb der EU würdige und anständige Bedingungen.

Zur Abstimmung am 12.06.2013 im Europäischen Parlament erklärte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström: "Die Einführung des Gemeinsamen Asylsystems, die von den EU-Mitgliedstaaten und dem Parlament seit 1999 angestrebt wurde, ist ein historisches Ereignis. Der Weg bis hierhin war steinig. Und das Werk ist noch nicht ganz vollbracht. Wir müssen nunmehr darauf achten, dass wir unsere Rechtsvorschriften anwenden, damit dieses gemeinsame System reibungslos und einheitlich funktioniert. Erst dann verfügen wir über einen gemeinsamen Raum für Schutz und Solidarität, der diesen Namen verdient, und haben etwas vollbracht, auf das wir stolz sein können." Die neuen Vorschriften sehen unter anderem größeren Schutz von Minderjährigen und Folteropfern vor, stellen klare Aufnahmebedingungen wie etwa eine menschenwürdige Unterkunft sicher und sollen den Zugang zu Integrationsmaßnahmen verbessern.

### 3.) EU-Soforthilfe für Hochwasseropfer

Die EU lässt die Flutopfer nicht im Stich. So hat die EU-Kommission bereits unbürokratische Unterstützung aus dem EU-Solidaritätsfonds zugesagt. Der EU-Solidaritätsfonds (EUSF) war eigens nach dem historischen Hochwasser von 2002 für Naturkatastrophen aufgelegt worden. Das Volumen des EUSF beträgt eine Milliarde Euro pro Jahr. Antragssteller kann jeder EU-Mitgliedstaat sein, auf dessen Hoheitsgebiet eine Katastrophe größeren Ausmaßes geschieht.

Als „Katastrophe größeren Ausmaßes“ im Sinne der Verordnung gilt „eine Katastrophe, die in zumindest einem der betroffenen Staaten Schäden verursacht, die auf über drei Milliarden Euro oder mehr als 0,6 % seines BIP geschätzt werden.“

Mitgliedstaaten können für folgende Maßnahmen einmalige Finanzhilfen erhalten:

- kurzfristiger Wiederaufbau zerstörter Infrastrukturen und Ausrüstungen in den Bereichen Energieversorgung, Wasser/Abwasser, Telekommunikation, Verkehr, Gesundheit und Bildung;
- Bereitstellung von Notunterkünften und Mobilisierung der für die unmittelbaren Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung bestimmten Hilfsdienste;
- unverzügliche Sicherung der Schutzeinrichtungen und Maßnahmen zum unmittelbaren Schutz des Kulturerbes;
- Säuberung der von der Katastrophe betroffenen Gebiete einschließlich der Naturräume.

Nun muss die Bundesregierung die Gelder schnellstmöglich beantragen, damit sie zügig dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Die EUSF-Regeln sehen vor, dass ein Antrag innerhalb von 10 Wochen nach Eintreten der Schäden bei der Kommission (Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung) gestellt werden muss. Nach Prüfung durch die Kommission muss die Hilfe noch von Rat und Parlament genehmigt werden und wird anschließend in einer Rate überwiesen.

#### **4.) Der Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzen soll kostengünstiger und effizienter werden.**

Das ist das Ziel einer Verordnung, die davon ausgeht, dass 30% der heute anfallenden Kosten eingespart werden könnten, u. a. durch eine bessere Koordination von (Straßen-) Bauarbeiten, auf die bis zu 80 % der Netzausbaukosten entfallen. Der Verordnungsentwurf orientiert sich an bereits bewährten Verfahren aus einigen EU-Ländern, u.a. aus Deutschland, überlässt organisatorische Fragen aber weitgehend den Mitgliedstaaten.

Die Verordnung sieht u.a. vor, dass

- neue und renovierte Gebäude über eine hochgeschwindigkeitsfähige Breitbandinfrastruktur verfügen müssen,
- ein Recht auf den Zugang zu sämtlichen Netzinfrastrukturen besteht, u.a. die Nutzung der Infrastrukturen für Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Fernwärme und Verkehr (Leitungsrohre, Einstiegsschächte, Verteilerkästen, Masten, Türme), zu fairen und angemessenen Bedingungen und Preisen,
- über eine zentrale Stelle ein Recht auf Zugang zu Mindestinformationen besteht zu vorhandenen Infrastrukturen über Standort, Umfang, Art, gegenwärtige Nutzung, Name des Eigentümers, aber auch über laufende oder geplanten Bauarbeiten (zentraler Atlas über die passive Infrastruktur - ähnlich dem Infrastrukturatlas der Bundesregierung),
- alle Netzbetreiber die Möglichkeit erhalten, Vereinbarungen mit anderen Infrastrukturbetreibern auszuhandeln und
- die Genehmigungsverfahren, z.B. für die Nutzung von Masten und Antennen, durch standardmäßige Bearbeitungsfristen von 6 Monaten und die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle beschleunigt werden.

Die Verordnung bedarf der Zustimmung des Parlaments, die nach ihrer Verabschiedung in der gesamten EU unmittelbar anwendbar ist. Die Verordnung ist ein Beitrag zur Leitinitiative Digitale Agenda. Danach sollen bis 2020 Internetgeschwindigkeiten von mindestens 30 Mbit/s für alle europäischen Bürger und Anschlüsse mit 100 Mbit/s oder mehr in der Hälfte aller europäischen Haushalte durchgesetzt werden. Im Vergleich dazu sieht die Breitbandstrategie der Bundesregierung bis 2014 mindestens 50 Mbit/s für 75 % der Haushalte vor und spätestens 2018 eine flächendeckende Versorgung.



Bild 2:

02.05.2013: Zusammen mit dem Vorsitzenden der CDU-Ostholstein und Bundestagsabgeordneten Ingo Gädechens (Mitte) besuchte Reimer Böge das Jubiläums-Ostseeheilbad Grömitz. Bei einem Gespräch auf dem DGzRS Kreuzer „Hans Hackmack“ betonte Reimer Böge die Notwendigkeit der EU-Tourismusförderung auch für die neue Förderperiode 2014-2020.

(Foto: Büro Böge)

### **5.) Erstmals gibt es einen Bericht über den Schulsport in Europa.**

Der Sachstandsbericht zur Situation in 30 europäischen Ländern deckt die Primar- und Sekundarstufe I ab. Danach ist der Sportunterricht an allen Schulen ein Pflichtfach, ihm wird aber in der Regel weniger Bedeutung zugemessen als anderen Fächern. Große Unterschiede gibt es bei den Empfehlungen für die jährliche Unterrichtszeit. Im Schuljahr 2011/12 lag beispielsweise die empfohlene Mindestunterrichtszeit in Grundschulen zwischen 37 Stunden in Irland und 108 Stunden in Frankreich; für Deutschland wurden in Grundschulen 78 Stunden und für Österreich in den Volksschulen 75 Stunden ermittelt. Der Anteil der empfohlenen Unterrichtszeit für den Sportunterricht ist außerdem in allen Ländern im Vergleich zu anderen Fächern relativ niedrig. Weiterhin werden folgende Bereiche angesprochen: nationale Strategien und Initiativen (in Deutschland z.B. die „Bundesjugendspiele“ und „Jugend trainiert für Olympia“), Schülerbeurteilung, Niveau und inhaltliche Ausrichtung der Ausbildung von Sportlehrkräften (im Primarbereich wird der Sportunterricht häufig nicht von Lehrkräften übernommen, die speziell für das Fach ausgebildet wurden), außerschulische Aktivitäten und geplante nationale Reformen.

### **6.) Fluggastrechte - verbesserungsbedürftig**

Die vor 8 Jahren durch EU-Recht geregelten Fluggastrechte bedürfen der Verbesserung. Das Parlament hatte bereits mit seiner Entschließung vom 29.3.2012 eine Klarstellung und Stärkung der Rechte der Fluggäste gefordert, da Reisende oft nicht um ihre Rechte wissen, es zudem am Zugang zu Beschwerdeverfahren mangelt und es keine EU-einheitliche Auslegung und Durchsetzung der Fluggastrechte gibt. Das zeigen u.a. auch folgende Ergebnisse von Erhebungen in Deutschland, Dänemark und England: 75 % der befragten Fluggäste, die von Verspätungen oder Flugausfällen betroffen waren, erhielten ein Angebot zur anderweitigen Beförderung, wodurch sie ihre Reise fortsetzen konnten. Dieselben Umfragen ergaben allerdings auch, dass andere Betreuungsleistungen wie Mahlzeiten, Erfrischungen und Unterbringung in weniger als 50 % der Fälle angeboten wurden. Von den befragten Fluggästen, die Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich hatten, hat nur ein kleiner Bruchteil (nach der dänischen Umfrage zwischen 2 % und 4 %) diesen auch tatsächlich erhalten. Die Erhebung in Deutschland ergab außerdem, dass von den Fluggästen, die eine Beschwerde eingereicht hatten, mehr als 20 % keine Antwort von der Fluggesellschaft erhielten.

Die Forderung des Parlaments, bekräftigt durch eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten und Beschwerden, waren für die Kommission der Anlass, unter Beachtung der zwischenzeitlich ergangenen Rechtsprechung den Entwurf eines neuen Regelwerks vorzulegen, das die Rechte von Fluggästen verbessert und eindeutiger regelt, als das nach dem bislang geltenden Recht der Fall ist.



Bild 3:

Auf dem Jahresempfang der CDU Kiel machte der CDU-Landesvorsitzende und Europaabgeordnete Reimer Böge die Bedeutung der Kommunalwahl am 26. Mai 2013 deutlich. Hier mit Stefan Kruber, CDU-Fraktionsvorsitzender in der Kieler Ratsfraktion

(Foto: Büro Böge)

### **7.) Europawahl 2014**

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden vom 22. bis 25. Mai 2014 statt. Die ursprünglich vom 5. bis zum 8. Juni geplante Wahl wurde vorgezogen, um dem neugewählten Parlament mehr Zeit zu geben, sich auf die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission im Juli 2014 vorzubereiten. Der Parlamentsausschuss für konstitutionelle Fragen forderte des Weiteren, dass auf die Wahlzettel für die Europawahlen auch Europäische Parteien aufgenommen werden sollten und die Parteien frühzeitig ihre Kandidaten für den Präsidenten der Europäischen Kommission bestimmten. Schließlich sollten die Wahlergebnisse erst nach Schließung der Wahllokale in allen EU Staaten veröffentlicht werden. In Deutschland wird es für die Europawahl 2013 eine Drei-Prozent-Klausel geben.

Für die Europawahl 2014 wird eine hohe Wahlbeteiligung von Jugendlichen vorausgesagt. Nach einer Umfrage der Europäischen Kommission zur Teilnahme von Jugendlichen im Alter von 15 bis 30 Jahren am demokratischen Leben ergab, dass 64 % der jungen Europäerinnen und Europäer vorhaben, 2014 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ihr Kreuzchen zu machen und nur 35 % nicht vorhaben zu wählen. Danach liegen Deutschland mit 71% und Österreich mit 65% über dem EU-Durchschnitt. Nur 8% der Jugendlichen in Deutschland und Österreich würden überhaupt nicht wählen gehen und damit 3% unter dem EU-Durchschnitt von 11% Totalverweigerern liegen.

### **8.) Die Wasserqualität der Badestellen an den Küsten, in Seen und in Flüssen Europas hat sich 2012 weiter verbessert.**

Das zeigt der Badegewässerbericht der Europäischen Umweltagentur, in dem die letztjährige Wasserqualität von mehr als 22.000 Badegebieten beschrieben ist. 92,1% der Badegewässer in der EU haben inzwischen die in der Badegewässerrichtlinie festgelegten Mindeststandards für Wasserqualität. Der Anteil der Küstengewässer, die nicht den Vorgaben der Badegewässerrichtlinie entsprechen, fiel im Zeitraum von 1990 bis 2011 von 9,2% auf 1,5%. Der Anteil der Badegebiete an Binnengewässern, die die zwingenden Werte nicht erfüllten, ging im selben Zeitraum von 11,9% auf 2,4% zurück, einen der bislang niedrigsten Werte überhaupt. Als Badegewässer gelten Gebiete, in denen das Baden ausdrücklich erlaubt ist oder in denen traditionell viele Menschen baden, ohne dass dies verboten ist. Zwei Drittel der Badegebiete liegen an der Küste, die übrigen an Flüssen und Seen. Die meisten Küstenbadegewässer finden sich in Italien, Griechenland, Frankreich und Spanien, während Deutschland und Frankreich die größte Zahl an Binnenbadegewässern aufweisen.

### **9.) Das Parlament hat die Sicherheitsanforderungen für Feuerwerkskörper verschärft.**

Mit der am 22.5.2013 verabschiedeten Neufassung der einschlägigen Richtlinie werden klarere Etikettierungen und Anweisungen in der Sprache jedes Mitgliedstaates vorgeschrieben, in dem die Erzeugnisse verkauft werden. Produkte, die den Sicherheitsbestimmungen entsprechen, erhalten die CE-Kennzeichnung, die nachweist, dass alle vorgeschriebenen Sicherheitsanforderungen erfüllt sind. Die Hersteller müssen alle einschlägigen Unterlagen 10 Jahre lang aufbewahren. Feuerwerkskörper werden künftig wie folgt kategorisiert:

- Kategorie F1: Mindestalter 12 Jahre - Feuerwerkskörper, die eine sehr geringe Gefahr darstellen, einen vernachlässigbaren Lärmpegel besitzen und die in geschlossenen Bereichen verwendet werden sollen, einschließlich Feuerwerkskörpern, die zur Verwendung innerhalb von Wohngebäuden vorgesehen sind;
- Kategorie F2: Mindestalter 16 Jahre - Feuerwerkskörper, die eine geringe Gefahr darstellen, einen geringen Lärmpegel besitzen und die zur Verwendung in abgegrenzten Bereichen im Freien vorgesehen sind;
- Kategorie F3: Mindestalter 18 Jahre - Feuerwerkskörper, die eine mittlere Gefahr darstellen, die zur Verwendung in weiten offenen Bereichen im Freien vorgesehen sind und deren Lärmpegel die menschliche Gesundheit nicht gefährdet;
- Kategorie F4: Mindestalter 18 Jahre - Feuerwerkskörper, die eine große Gefahr darstellen, die zur Verwendung nur durch Personen mit Fachkenntnissen vorgesehen sind und deren Lärmpegel die menschliche Gesundheit nicht gefährdet.

• Unter die neuen Regeln fallen nicht nur Feuerwerkskörper, sondern auch Pyrotechnika zur Verwendung in Film-, Bühnen- oder Theaterproduktionen und pyrotechnische Gegenstände, die in Kraftfahrzeugen eingebaut werden, wie Gasgeneratoren für Airbags oder Sitzgurtstraffer. Die neuen Regeln sollen einen leichteren Marktzugang und einen besseren Schutz für Leben und Eigentum gewährleisten.

---

## Pressemitteilungen:

### 1.) 16.05.2013; Hohlmeier/Böge: EU-Konsolidierung muss nach dem Kroatienbeitritt an erster Stelle stehen

Die europäischen Haushaltspolitiker Monika Hohlmeier (CSU) und Reimer Böge (CDU) unterstützen die Äußerungen von Bundestagspräsident Norbert Lammert zum EU-Beitritt Kroatiens heute in der Zeitung DIE WELT ausdrücklich: "Obwohl noch nicht alle nötigen Voraussetzungen erfüllt sind, stellt sich die Situation Kroatiens deutlich besser dar als die von Bulgarien und Rumänien vor deren Beitritt im Jahr 2007. Der Beitritt Kroatiens zur EU am 1. Juli ist deshalb verantwortbar", so Hohlmeier und Böge. Für die Zukunft müsse dem Erweiterungsübereifer von der Europäischen Kommission und vom Auswärtigen Amt jedoch Einhalt geboten werden: "Es ist unverantwortlich, dem Europäischen Parlament und dem Bundestag immer neue Beitrittspartnerschaften zu eröffnen, die schließlich in einem Beitrittsautomatismus münden."

"Bevor weitere Erweiterungen denkbar sind, muss die Konsolidierung der Substanz der EU im Vordergrund stehen. Dazu gehört die Vollendung des Binnenmarkts zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung ebenso wie die Rettung des Euro." "In Zeiten der Haushaltskonsolidierung dürfen Betrieben und Verwaltungen keine zusätzlichen Belastungen auferlegt werden. Alle Beteiligten sind aufgefordert, dazu beizutragen, dass zusätzliche Kosten durch gesetzgeberische Beschlüsse und Maßnahmen verhindert werden. Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein und fordern Bundestag und Bundesrat zum Ergreifen einer entsprechenden Initiative auf nationaler Ebene auf."

"Europa kann nur erfolgreich sein, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Die Länder, die die Grundregeln der europäischen Zusammenarbeit nie richtig akzeptiert haben und die nun einen Rückbau an EU-Einfluss fordern, laden wir herzlich ein, von der EU in den Europäischen Wirtschaftsraum überzutreten, um die notwendige politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in der EU nicht dauerhaft zu behindern", betonten die Politiker abschließend.



Bild 4:  
11.05.2013: Reimer Böge bei „Matjes, Boxen und Politik“ in Kaltenkirchen. Die Boxer demonstrierten live im Ring die positiven Auswirkungen des Boxsports wie Disziplin, Fleiß, und Fairness. Daneben gab es interessante Gespräche mit Bürgern und Vertretern der Vereine und der Wirtschaft.

Foto: Der Vorstand der KT Boxabteilung Martin Jahnke (Mitte) und Kaltenkirchens CDU Ortsvorsitzenden Hauke von Essen (rechts). (Foto: Büro Böge)

## 2.) 02.05.2013; Tourismus muss im EU-Haushalt vorkommen!

Bei seinem heutigen Besuch des Jubiläums-Ostseeheilbades Grömitz ging der CDU-Landesvorsitzende und schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge auch auf das Thema EU-Tourismusförderung ein. Dazu erklärte er: "Der Tourismus bildet einen wichtigen regionalen Wirtschaftsfaktor für Schleswig-Holstein sowie viele andere europäische Regionen und muss deshalb auch in Zukunft angemessen durch EU-Mittel gefördert werden können." Dabei stellte Böge auch klar: „Pressedarstellungen, dass das EU-Parlament die Tourismusförderung streichen will, sind falsch. Richtig ist, dass sich das Europäische Parlament bereits im vergangenen Herbst für die explizite Aufnahme von Tourismus in die Interventionsbereiche des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für 2014-2020 ausgesprochen hat.“ Aktuell laufen die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zwischen Parlament und Rat. Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum MFR zeigte sich Reimer Böge sehr zuversichtlich, dass der Tourismus, wie vom Europäischen Parlament gefordert, dabei auch in die Interventionsbereiche Art. 3 der EFRE-Verordnung aufgenommen wird.



Bild 5:  
05.05.2013: Reimer Böge in Bad Segeberg: "Wir erleben im Kern keine Krise des Euro, sondern Krisen in einzelnen Euro-Staaten, die auf wirtschafts- und finanzpolitisches Fehlverhalten der Länder zurückzuführen sind. Sowohl der äußere wie der innere Wert unserer Gemeinschaftswährung ist trotz aller Turbulenzen beeindruckend stabil. Seit ihrer Gründung kann die Europäische Zentralbank regelmäßig geringere Inflationsraten aufweisen, als einst die Bundesbank zu D-Mark-Zeiten." (Foto: Büro Böge)

## Terminauswahl:

02.05.2013	Kommunalwahlkampfveranstaltung CDU Grömitz, Grömitz
03.05.2013	Weltrotviehkonferenz (Empfang und Tierschau), Süderbrarup
04.05.2013	Delegiertentag mit Vorstandswahlen der Frauen Union, Neumünster
05.05.2013	Europa-Frühshoppen im Rahmen der Europawoche, Bad Segeberg
07.05.2013	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
08.05.2013	Wahlkampfveranstaltung mit Dr. Angela Merkel (Hansapark), Sierksdorf
09.05.2013	Kappeler Heringstage, Kappeln
11.05.2013	Wahlkampfveranstaltungen in Bad Bramstedt, Heide, Lübeck und Kaltenkirchen
13.05.2013	Trilogsverhandlungen zum Mehrjahresfinanzrahmen (MFF), Brüssel
14.05.2013	Treffen mit dem zyprischen Landwirtschaftsminister Nicos Kouyialis, Brüssel
15.05.2013	Sitzung der Kontaktgruppe zum MFF mit Parlamentspräsident Schulz, Brüssel
16.05.2013	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
16.05.2013	Labskaussen CDU-Ortsverband Travemünde
16.05.2013	Telefoninterview mit NDR Info zur "Kommunalwahl 2013", Straßburg
21.05.2013	Gespräch mit französischen UMP-Abgeordneten, Straßburg
22.05.2013	Treffen mit den nationalen EVP-Delegationsvorsitzenden und Haushaltskommissar Lewandoski, Straßburg
23.05.2013	Treffen mit den Berichterstattern der Fachausschüsse zum MFF, Straßburg
26.05.2013	Wahlabend zur Kommunalwahl, Landeshaus Kiel
28.05.2013	Trilogsverhandlungen zum MFF, Brüssel
11.06.2013	Treffen mit dem britischen ständigen Vertreter bei der EU, Herr Cunliffe, Straßburg
12.06.2013	Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Straßburg
12.06.2013	Gespräch mit Parlamentspräsident Schulz, Straßburg
11.06.2013	Trilogsverhandlungen zum MFF, Straßburg
13.06.2013	Treffen mit dem schwedischen Staatssekretär Wåglund-Söderström, Straßburg
14.06.2013	IHK-Verkehrsforum Schleswig-Holstein, Itzehoe
14.06.2013	Kreisbauerntag Segeberg 2013, Gut Wensin
17.06.2013	Teilnahme an der IHK-Hauptgeschäftsführerkonferenz. Brüssel
18.06.2013	Besuchergruppe Gymnasium Schenefeld, Brüssel
18.06.2013	Besuchergruppe des Vereins für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (aus Nordschleswig), Brüssel
19.06.2013	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
20.06.2013	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
20.06.2013	Expertengespräch Maritime Wirtschaft, Kiel
21.06.2013	Gedanken- und Erfahrungsaustausch Mitglieder KPV-Arbeitsgemeinschaft, Neumünster
22.06.2013	Regattabegleitfahrt des Wirtschaftsrates, Kiel

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.euoparl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email: [reimer.boege@europarl.europa.eu](mailto:reimer.boege@europarl.europa.eu)

Internet: <http://www.reimerboege.de>